



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich und Weststadt

September 1987

Verkehrsverbund Rhein - Sieg

Am 1. September geht's los

Diskutiert wurde über ihn schon seit vielen Jahren, und auch wir haben schon öfter über den Stand der Planungen berichtet. Nun aber wird es Realität, der Verkehrsverbund Rhein - Sieg. Politiker und Fahrgäste erhoffen sich von ihm eine Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieter Witte, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion schreibt zum Start des Verbundes.

Am 1. September dieses Jahres ist es soweit: Der neu gegründete Verkehrsverbund Rhein - Sieg nimmt seinen Betrieb auf.

Zwölf Verkehrsunternehmen haben sich in diesem Verkehrsverbund zusammengeschlossen, um mit einheitlichen Tarifen und aufeinander abgestimmten Fahrplänen das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr attraktiver zu gestalten.

Die Vorteile des Verkehrsverbundes bestehen für die Fahrgäste vor allem in einheitlichen Tarifen, einheitlichen Fahrausweisen, aufeinander abgestimmten Fahrplänen und vielen günstigen Sondertarifen.

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ist der Start des Verkehrsverbundes jedoch mit Tarifierhöhungen belastet worden.

Im Sinne der attraktiveren

Das ist der neue Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS).



Das Verkehrsverbundgebiet umfaßt eine Fläche von 3.900 Quadratkilometern, 300 Bahn- und Buslinien befördern in diesem Gebiet täglich 1,2 Millionen Fahrgäste.

Der Verkehrsverbund Rhein - Sieg ist damit einer der größten Verkehrsverbünde in der Bundesrepublik.

Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs hätte besser auf die Preissteigerung verzichtet werden sollen.

Eine weitere Verschlechterung ist für Kinder eingetreten. Durch den Beitritt der Deutschen Bundesbahn zum Verkehrsverbund wurde gegen den hartnäckigen Widerstand der SPD deren ungün-



Übrigens:

Erinnern Sie sich noch? Kurz nach dem Putsch in Chile und der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur reiste Bruno Heck, damals noch ein führender Unionspolitiker, nach Chile.

"Im Stadion läßt es sich bei Sonnenschein recht angenehm leben", äußerte er nach seiner Rückkehr.

Gemeint war das Stadion von Santiago, das die Militärs in ein Konzentrationslager umgewandelt hatten und in dem Tausende gefoltert und ermordet wurden.

Ist solche Menschenverachtung in der Union Vergangenheit? Zumindest die Äußerungen von Norbert Blüm bei seiner jüngsten Chilereise scheinen darauf hinzuweisen.

Was aber passierte dann? Bundesinnenminister Zimmermann, der die Aufnahme der 14 von der Todesstrafe bedrohten Chilenen wie sein Herr und Meister Strauß kategorisch ablehnt, belegte Blüm mit den wütesten Beschimpfungen. Der Streit in der Union war offen ausgebrochen.

Was steckt hinter dem ganzen? Heiner Geisler versucht seit einiger Zeit gegen den erbitterten Widerstand der CSU, neue Wählerschichten links von der CDU zu erreichen. Dafür hat er unter anderem die Menschenrechte entdeckt.

Norbert Blüms Reise nach Chile war ein Versuchsballon. Demnächst soll er in gleicher Sache nach Südafrika reisen.

Ist es der CDU ernst mit den Menschenrechten? Kanzler Kohl sieht momentan keinen Handlungsbedarf. Den sah die unionsgeführte Bundesregierung vor wenigen Monaten, als sie einem Weltbankkredit für das Militärregime in Chile zustimmte.

Also doch alles nur Schau! Nicht Worte helfen Unterdrückten, sondern Taten. Und die lassen auf sich warten!

stigere Altersregelung übernommen. Die Grenze für die kostenlose Beförderung wurde von bisher 6 auf 4 Jahre herabgesetzt, die Grenze für die ermäßigten Fahrpreise liegt nunmehr bei 12 statt bisher bei 14 Jahren.

Das Land steckt große Geldmittel in den neuen Verbund. 30 Millionen Mark schießt das Land in jedem Jahr zu den Kosten zu.

Leider hat sich der Kreis Euskirchen entgegen den ursprünglichen Plänen nicht zu einem Beitritt zum Verkehrsverbund entschließen können. Das trifft besonders die vielen Berufspend-

ler, die täglich von dort nach Bonn oder Köln fahren. Aber es ist zu vermuten, daß sich die Haltung der dortigen Verantwortlichen bald ändern wird, zumal sie nunmehr keine Zuschüsse vom Land mehr bekommen.

Nach den Erfahrungen aller anderen Verkehrsverbände in der Bundesrepublik ist mit einer großen Fahrgastzunahme zu rechnen. Die Bonner SPD hat deshalb trotz der oben genannten negativen Auswirkungen aus Übergeordneten grundsätzlich Erwägungen dem Beitritt zum Verkehrsverbund zugestimmt.

Rat und Hilfe

Brauchen Sie Rat oder haben Sie Anregungen und Tips, Ihre Ansprechpartner in Endenich und Weststadt sind:

HORST BACHMANN, Stadtverordneter, Tel: 612220

DIETER WITTE, Stadtverordneter und SPD-Fraktionsvorsitzender Tel: 623382

GISELA HAAS, Mitglied im Schulausschuß, Tel: 625256

Hochschulen im Jahr 2001

Die nordrhein-westfälischen Hochschulen haben eine herausragende Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, die ökologische Erneuerung und die kulturelle Entwicklung des Landes. Sie sind regionale Infrastrukturfaktoren ersten Ranges. Die Hochschulpolitik der Landesregierung muß und wird deshalb Reformpolitik bleiben.



Wissenschaftsministerin Anke will die Hochschulen stärken

Der zukünftige Rückgang der Studentenzahlen durch die allgemeine demographische Entwicklung bietet die Chance zur Intensivierung der Forschung, zur Verbesserung der Lehre und zur Wahrnehmung neuer Aufgaben. Wissenschaftsministerin Anke Brunn hat eine Strukturplanung für den Hochschulbereich vorgeschlagen.

Dies ist kein Plan für das Jahr 1988, sondern für das Jahr 2001. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit die Hochschulen auch weiterhin erfolgreich forschen und ausbilden können.

Ziel der Strukturplanung ist es, die Qualität von Forschung und Lehre weiter zu verbessern, künftig entstehende Oberkapazitäten rechtzeitig zu bezeichnen.

„Kein Korsett, sondern Wegweiser“

Anke Brunn: „Unser Plan 2001 wird kein Korsett für die Hochschulen sein, sondern ein Wegweiser für die hochschulpolitische Diskussion der nächsten Jahre. Er soll helfen, die Hochschulen für den ihnen bevorstehenden Aufgabenwandel zu sensibilisieren. Er soll die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Hochschulen

im bald einsetzenden Werben um Studierende weiter stärken. Er soll Forschende von einem heute noch in manchen Fachbereichen bestehenden Übermaß an Lehraufgaben befreien.

Unter dem Vorzeichen sparsamer Haushaltspolitik sollen den Hochschulen Freiräume geschaffen werden, etwa für

- eine Verbesserung der Studienbedingungen durch Verbesserung der Relation von Lehrenden und Lernenden,

- die Entwicklung neuer und zum Teil heute noch nicht absehbarer Studienangebote,
- die Verstärkung vorhandener und die Schaffung neuer Forschungsschwerpunkte,
- die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten.

Alle Standorte bleiben erhalten

Anke Brunn hatte bereits vor der Fraktion des Landtages deutlich gemacht: Alle Hochschulstandorte im Lande bleiben auch im nächsten Jahrzehnt erhalten. Die Regionalisierungspolitik des Landes hat sich bewährt und muß fortgesetzt werden. Gerade angesichts der Strukturkrise werden die Hochschulen ihren Beitrag für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Region leisten.

Biotonne beantragt

„Wir möchten aktiv einen Beitrag zur Müllvermeidung leisten und regen deshalb an, in Bonn jedem Haushalt eine „Biotonne“ zur Sammlung des organischen Abfalls zur Verfügung zu stellen. Als Pilotprojekt könnte dies zunächst im Stadtteil Endenich eingeführt werden.“

Diesen Bürgerantrag an die Bezirksvertretung Bonn haben zahlreiche Endenicher unterzeichnet. Eine erste Stellungnahme der Verwaltung liegt jetzt vor. Darin heißt es:

„Das vom Hauptausschuß beschlossene Konzept zur Abfall-

wirtschaft und Abfallbeseitigung in der Stadt Bonn sieht die Einführung einer „Biotonne“ nicht vor, weil gegen die Errichtung und den Betrieb einer Großkompostierungsanlage für Biomüll in Bonn erhebliche Bedenken bestehen. ... Schließlich - und dies ist wohl das größte Problem - ist völlig ungewiß, wie die dann permanent in großen Mengen hergestellten Kompostprodukte auf Dauer absetzbar sind.

... Die Verwaltung ist der Überzeugung, daß die von ihr betriebenen oder unterstützten Kompostierungsmaßnahmen ... die in Bonn sinnvollste Lösung darstellen.“

Die SPD wird sich mit dieser Antwort nicht zufrieden geben. In einer Fragestunde für Einwohner in der Bezirksvertretung Bonn wird am 1. September um 16 Uhr Gelegenheit sein, den Wunsch der Bürger erneut zu diskutieren. Die Sitzung im Stadthaus ist öffentlich.

Schoßhund Blüm

Wie der neue CDU-Landesvorsitzende mit den Stahlarbeitern an der Ruhr umspringt, hat Friedhelm Farthmann auf einen klaren Nenner gebracht: Kaltschnäuzig. Blüm erklärt zwar bei jeder sich bietenden Gelegenheit, es dürfe keine Massenentlassungen geben, er tut aber nichts, um diese zu verhindern.

Bangemann erklärt, lächerliche 180 Millionen Mark für die Stahlregionen in der Bundesrepublik bereitzustellen, und das auch noch auf mehrere Jahre verteilt - und von Blüm kommt keine Reaktion. Wenn der Wirtschaftsminister schon keine Ahnung hat, müßte doch zumindest der Arbeitsminister sagen können, welche Anstrengungen erforderlich sind, um in monostrukturierten Regionen neue zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.



„Manch geht die Kurve“

Zeichnung: Bernd Grimm

Statt dessen kuscht Blüm, wie schon beim Beschluß über die sogenannte große Steuerreform, jetzt schon wieder, wenn über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer diskutiert wird. Friedhelm Farthmann: "Beim Kaffeekränzchen brüllt Blüm wie ein Löwe, aber im Kabinett scheint er mehr der brave Schoßhund des Kanzlers zu sein."

Statt zuzulassen, daß Klein- und Durchschnittsverdiener mit einer Mehrwertsteuererhöhung betrogen werden, damit die Steuer-geschenke an Wohlhabende finanziert werden können, soll Blüm sich endlich dafür stark machen, daß die Bundesregierung mindestens genauso viel für neue Arbeitsplätze in Montanregionen tut wie das Land Nordrhein-Westfalen. Wenn Blüm selbst nichts

einfällt, braucht er nur das zu unterstützen, was die SPD bisher schon in die Wege geleitet hat, nämlich das Zukunftsprogramm der Montanregionen.

Friedhelm Farthmann: "Wir brauchen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer und qualifizierende Weiterbildung für die Jüngeren, die durch die Stahlkrise ihren Arbeitsplatz verlieren." Daneben müsse die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch den Staat finanziell gefördert werden. "Von Blüm erwarte ich nicht mehr, als daß er für die nordrhein-westfälischen Arbeitnehmer die Hälfte dessen locker macht, was für den Airbus möglich war", fordert Farthmann.

natsgehalt von 3300 DM 240 Mark mehr Steuern bezahlt werden. Ein Schichtarbeiter muß bei voller Besteuerung seiner Zuschläge - je nach Umfang seiner Tätigkeit außerhalb normaler Arbeitszeiten - mit einer Mehrbelastung von 3000 bis 4000 Mark rechnen. Die Halbierung des Arbeitnehmerfreibetrages macht bei durchschnittlichem Verdienst ein Minus von 70 Mark im Jahr aus, die Aufhebung des Essensfreibetrages ca. 100 Mark.

Anhebung spezieller Verbrauchssteuern. Hier werden in der Diskussion genannt die Mineralölsteuer, die Steuer auf Heizöl, die Biersteuer, Weinsteuern, Tabaksteuer und Branntweinsteuer. **Staatsverschuldung.** Sie wird sich 1990 mehr als verdoppeln, ohne daß mit dem gepumpten Geld direkte Anstöße für Wirtschaft und Beschäftigung gegeben werden.

Hinzu kommt: Allein 1990 müssen Städte und Gemeinden einen Steuerausfall von rund 10 Milliarden aus der Stoltenberg'schen "Reform" ausgleichen. Das wiederum bedeutet Gebührenerhöhungen, Anhebung kommunaler Steuern, Streichung freiwilliger Leistungen, weniger Investitionen. Was sonst sollten die Städte tun können?

Damit steht diese Regierung, die die höchste und längste Massenarbeitslosigkeit seit Kriegsende zu verantworten hat, auch in der Finanz- und Steuerpolitik vor einem Scherbenhaufen.

Geprellt sind die Arbeitslosen, die auf arbeitsplatzschaffende Investitionen hofften, die Klein- und Durchschnittsverdiener, die sich auf mehr finanzielle Bewegungsfreiheit freuten und die Rentner, Studenten und Schüler, die nichts bekommen, aber die Belastungen mittragen müssen.

Nun kommt das dicke Ende Stoltenbergs Steuerreform: Reinfall für Millionen, Reibach für Millionäre!

Die Warnungen vor der Durchführung der Steuerreform für 1990 in der geplanten Form werden immer lauter. Die Bundesregierung will sie trotzdem durchziehen. Sie ist nicht zu bezahlen, sagen die Kritiker. Stoltenberg bestreitet das. Er hat ein ganzes Arsenal von Finanzierungsmaßnahmen im Koffer. Herausrücken will er damit erst im Herbst. Die Wähler sollen betrogen werden.

Wenn Sie zu den 56 Prozent der Bevölkerung gehören, die keinen finanziellen Vorteil von der Steuerreform erwarten, oder zu den weiteren 30 Prozent, die keine Antwort darauf geben können, weil sie beim Regierungshack nicht mehr durchblicken (Emnid-Umfrage), liegen sie richtig oder nah dran: Die Super-

Denn so sollen die Finanzierungs-löcher offenbar gestopft werden:

Eine Mehrwertsteuererhöhung von ungefähr 2 Prozent ist im Gespräch. Für einen Haushalt mit 36.000 DM verfügbarem Jahreseinkommen ca. 520 Mark Mehrbelastung, bei 48.000 DM 840 Mark. Abschaffung/Kürzung von Frei-



Wie der Stoltenberg das finanzieren will, ist mir ein Rätsel

reform (44 Milliarden versprochene Entlastung pro Jahr ab 1990!) des Superministers Stoltenberg ist eine Superpleite.

Bundesfinanzminister Stoltenberg fehlt das Geld. Grund zum Jubeln nur bei Spitzenverdienern: Ein Verheirateter, 25.000 Mark im Monat, wird mit 18.000 Mark im Jahr entlastet und behält ein dickes Plus. Hatte eine Verkäuferin mit 2000 Mark brutto im Monat ohnehin nur eine Entlastung von 463 Mark im Jahr zu erwarten, so kommt für sie und die große Mehrheit nun das dicke Ende!

betragen, Steueranhebungen, zusätzliche Besteuerung. In der Diskussion sind z.B. Abschaffung des Weihnachtsfreibetrages, Halbierung des Arbeitnehmerfreibetrages, volle Besteuerung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, Besteuerung der Personal- und Belegschaftsrabatte, Anhebung der Pauschalsteuersätze für Aushilfen, Aufhebung des Essensfreibetrages und der Steuerbefreiung für Jubiläumsgeschenke.

Dazu Beispiele in Zahlen: Bei Wegfall des Weihnachtsfreibetrages müßten 1990 für ein 13. Mo-

Initiativen für Eendenick

Ortszentrum

In der nächsten Sitzung des Planungsausschusses stellt die Verwaltung nach über 10 Jahren endlich ihr Konzept für die Gestaltung des Magdalenenplatzes vor.

Die Planung sieht die Platzierung des Platzes (als Park- und Kirmesplatz), eine Randbebauung sowie die teilweise Offenlegung des Eendenicker Bachs durch das Ortszentrum vor.

Nach jahrelangen Verzögerungen der Planungen kommt es jetzt darauf an, daß nach den Beratungen im Ausschuß diese Pläne schnell in die Tat umgesetzt werden. Die SPD tritt dafür ein, daß mit den Bauarbeiten spätestens 1988 begonnen wird.

Reuterhof

Mit der jetzigen Planung für das Gelände des ehemaligen Reuterhofs wird nach Ansicht der SPD die Attraktivität Eendenicks gestärkt. Mit einem zentralen Lebensmittelmarkt, verschiedenen weiteren kleinen Geschäften sowie einem Restaurant und Café kann die Eendenicker Straße als Einkaufsstraße wieder belebt

werden. Dabei sollte der zusätzliche Verkehr ohne Belastung der Endenicher Straße durch eine rückwärtige Anbindung des neuen Geschäftszentrums erfolgen.

Bürgerhaus

Anlässlich der bevorstehenden Diskussionen über die Planung des Endenicher Ortskerns erneuert die SPD ihre Forderung (einstimmiger Beschluß der Bezirksvertretung), die unter Denkmalschutz stehende alte Turnhalle in der Frohngasse zu einem Bürger- und Vereinszentrum auszubauen. Die zahlreichen Endenicher Vereine leiden nach wie vor darunter, daß es an geeigneten Einrichtungen für die Durchführung von Veranstaltungen fehlt. Der Ortsausschuß hat seinerzeit diese Planung bejaht. Durch die vorliegende Planung soll die Turnhalle vom Magdalenenplatz (Parkplatz) durch einen Fußweg zur Frohngasse angeschlossen werden.

Gemeindefest

Die evangelische Trinitatisgemeinde lädt ein zu einem Gemeindefest.

Am Freitag, den 16. Oktober 1987, erwartet die Endenicher um 20 Uhr im Gemeindezentrum Am Probsthof ein Tanzabend. Eine kleine Kapelle wird aufspielen.

Faßbender oder Brotfabrik?

SPD will beide Standorte sichern

Neben der etablierten Kulturszene hat sich in Bonn seit Jahren etwas entwickelt, was manchen Kulturpolitikern nicht ganz genehm zu sein scheint. Freie Kulturgruppen in den verschiedensten Sparten arbeiten mit viel Erfolg. Bisher aber wurden sie herumgestoßen, eine angemessene Bleibe wurde ihnen von der Ratsmehrheit bisher nicht geboten. Dazu meint Dr. Ortlieb Fliedner, SPD-Sprecher im Kulturausschuß:

Durch ständig neue Beschlüsse der CDU-Mehrheit findet derzeit die totale Verunsicherung der freien Gruppen statt. Es geht einigen CDU-Stadtverordneten offenbar gar nicht darum, den freien Gruppen vernünftige und zuverlässige Bedingungen für ihre Arbeit zu ermöglichen, sondern nur noch um ihre persönliche Profilierung.

Die SPD-Fraktion verurteilt mit allem Nachdruck diese Verun-

Am Sonntag, den 18. Oktober, findet in der Brahmstraße das Gemeindefest statt. Es beginnt um 10 Uhr mit einem Familiengottesdienst. Anschließend können sich die Besucher an Infoständen und bei Darbietungen der Gemeindearbeitskreise informieren und Gespräche führen.

Aber auch das leibliche Wohl kommt nicht zu kurz. Für Essen und Trinken ist gesorgt.

sicherungskampagne und appelliert an die anderen Fraktionen, den Kulturgruppen in Bonn endlich und unverzüglich die Möglichkeiten zu schaffen, sich ungestört zu entwickeln und zu entfalten.

Die SPD hat deshalb folgenden Beschluß gefaßt:

"Die SPD bekräftigt ihre Auffassung, daß die Brotfabrik keine Alternative zur Faßbenderfabrik darstellt. Die jetzt vorgeschlagene Lösung wird dem Bedarf der freien Gruppen nicht gerecht. Sie befriedigt weder den jetzt schon vorhandenen Bedarf, noch läßt sie eine Entwicklung der freien Kulturszene zu.

Die SPD hält daher an der Faßbenderfabrik als Zentrum freier Kulturarbeit, in dem sich alle Kultursparten unter einem Dach treffen können, fest.

Der Ausbau soll entsprechend dem erkennbaren Bedarf erfolgen, wobei unverzüglich der Bedarf für die Musikgruppen befriedigt werden muß, d.h. angemessene Zahl von Proberäumen für die Musikgruppen, Einrichtung eines Tonstudios, Veranstaltungssaal mit Gastronomiebetrieb.

Die Brotfabrik in Beuel wird unter Berücksichtigung der baurechtlichen Auflagen in ihrem Bestand gesichert."

Die SPD wird deshalb in den kommenden Ratssitzungen darauf drängen, daß für alle Gruppen in Bonn in diesem Sinne klare Entscheidungen getroffen werden. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr, daß positive Entwicklungen, wie sie in der Brotfabrik stattgefunden haben, wieder zerstört werden. Eine Vertagung der fälligen Entscheidungen würde monatelange Ungewissheiten mit sich bringen und die Arbeit der freien Kulturgruppen in unverträglicher Weise hindern und lähmen.

8. ENDENICHER BURGFEST

Samstag, 12. September 1987, 14 Uhr

Kinderfest

Tanzmusik

buntes Programm

Einzelheiten entnehmen
Sie bitte noch folgenden
Hinweisen

Auch für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt!

- Kaffee und Kuchen
- jugoslawische
chilenische Spezialitäten
- Bier, Wein, Limo, Cola

Auch Infostände stehen für die Besucher bereit



Erscheinungsweise:
Viernmal jährlich

Auflage: 7.300
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion in
Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
Eva Günther-Berger, Gisela
Haas, Ute Kiltz, Gisela Roth

Redaktionsanschrift:

ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156